

# Der freie Schweizer Arbeiter

Wochenblatt für Sozialgesinnte aller Stände.

Offizielles Organ der evangelisch-sozialen Arbeitervereine der deutschen Schweiz.

**Abonnementpreis:** Bei der Post Fr. 1.— pro Vierteljahr, Fr. 3.— pro halbes Jahr, Fr. 4.— pro Jahr, für Mitglieder von Arbeitervereinen, Glaubens- und christlichen Junglingsvereinen, wenn direkt bei der Expedition bestellt, die Hälfte.

**Redaktion:**  
Otto Lauterburg, Bern  
Münzrain 3. Telefon 2377.

**Insertionspreis:** Per 4gespaltene Perzeile 10 Cts. Bei Wiederholungen Rabatt. Man wende sich dafür an die Expedition: Buchdruckerei J. Kistler-Schmann, Gollenenweg 34, Bern. Telefon 163.

## In die Leser und Freunde des „Freien Schweizer-Arbeiter.“

Die Ankündigung, daß das Blatt sein Er-einstellen müsse, hat dem Herausgeber rasch freundlicher Zuschriften und An-zeigen eingetragen, ob nicht doch eine Fort-führung in irgend welcher Form möglich sei. Ich möchte der Unterzeichnete für alles Interesse, das dem Blatt entgegengebracht ist, herzlich danken. Wenn etwas ihm bei der Herausgabe des Blattes Befriedigung bot, so ist es das Gefühl, es habe sich im Laufe der Zeit doch ein Kreis von Gesinnungsgenossen gebildet und diese zu regelmäßiger Verbin-dung und zum Gedankenaustausch mit diesen. Das ist in unserer Zeit und für Leute, die wissen, wie eine kleine Zahl sie sind, viel wert. Die Beziehungen nicht zu unterbrechen ist der Herausgeber gewiss, der zu den folgenden Vor-sätzen, wie die Fortführung des Blattes so möglich wäre, geführt hat.

Die Sachlage ist kurz die: Unser Blatt hat am Anfang an jedes Jahr seine Rechnung an Abgabenerüberschüssen abgeschlossen. Meist waren diese durch besondere, von verschiedenen Seiten her fließende Beiträge jeweils zur größe-ten Hälfte gedeckt. Der Krieg versetzt nun aber den Herausgeber finanziell in eine Lage, die ihm die Deckung noch verbleibender Ausgaben unmöglich macht und ihm daher ver-zweifelt dem Truder gegenüber die Verantwort-ung für einen neuen Jahrgang zu übernehmen. Er selbst aber konnte er sich in gegenwärtiger Lage nicht entschließen, wie er es früher unbe-zweifelnd tat und auch für diesen Herbst durch-aus beabsichtigt hatte, zum Zweck der besseren Führung des Blattes um besondere Bei-träge zu bitten.

Der erhaltenen Zuschriften verbleibt noch ein Weg offen: wenn die bisherigen aus freien Stücken das Weiterersch-einen. Das wäre in folgender Weise mög-lich: daß die Leser- und Abonnentenzahl des Kriegszustandes zurückgeht, bedürfen der Vermehrung in einem Betrag, der zum jetzigen 360 Stück entspricht, wo-bei zum vollen Preise von Fr. 1.—, zum halben Preise (näheres s. Kopf)

1. Auf beiliegendem Blatt uns ihr Abonne-ment für einen eventuellen neuen Jahrgang möglichst umgehend zuzuschicken.

2. Wenn möglich neue Abonnenten zu ge-winnen, oder einen zweiten oder mehrere Abonne-mentsbeiträge auf sich zu nehmen.

3. Oder einen sonstigen Beitrag an die Kosten des Blattes zu leisten.

Sollte die Zahl der Leser, die in dieser Weise das Weiterersch-einen des Blattes ermög-lichen möchten, die nötige finanzielle Sicherung nur teilweise zustande bringen, so könnten wir dann noch zum Mittel greifen, während einiger Monate nur alle 14 Tage eine Nummer herauszugeben, um die Druckkosten entsprechend herabzusetzen. Das würde aber natürlich nur dann helfen, wenn der Abonnementpreis der gleiche bleibt. Wir möchten diesen auch gleich im Oktober für den ganzen Jahrgang erheben, mit Fr. 4.— für ein volles und Fr. 2.— für ein ermäßigtes Abonnement. Natürlich möchten wir alle, die es können, bitten, den vollen Preis auf sich zu nehmen.

Damit ist das Weiterersch-einen des „Freien Schweizer-Arbeiter“ völlig in die Hand der Leser-gemeinde gelegt. Je nach dem Ergebnis wird dann auf 9. oder 16. Oktober die erste Nummer eines neuen Jahrgangs erscheinen können — oder nicht!

Mit nochmaligem herzlichsten Dank an alle bisherigen Mitarbeiter und Freunde:

Bern, 22. September.

Der Herausgeber.

## Sparen und Steuern.

Sparame Lebensweise, Vermeidung aller unnötigen Ausgaben, Einschränkung in seinen Bedürfnissen gilt jetzt überall als Regel und viele handeln darnach im Bewußtsein, sogar eine patriotische Pflicht darin zu erfüllen. Und es ist ja auch sehr gesund, daß man bei der Gelegenheit entdeckt, was man den unbe-quemen Wahnern selber nie glauben wollte, wie manche überflüssige Ausgabe, wie viele unnötigen „Bedürfnisse“ man sich im Lauf der Zeit als selbstverständlich angewöhnt hat, der Zeit als selbstverständlich angesehen hat, die man jetzt, bei gutem Willen, recht wohl entbehren kann. Namentlich die Einschränkung im Besuch einer Unmenge feistlicher, gesell-licher und unterhaltender Anlässe, die zusam-gefaßt im Laufe eines Jahres auch in manchen wohlhabenden Familien ein schreckliches Loch in den Geldbeutel reißen. Daß Geld verschlangener, ist ein wahrer Segen. Daß Wirtschaften und Vergnügungsetablissemante, Festlichkeiten, Minuatographen und Variete jetzt schlechte Geschäfte machen, ist für die Volks-

wirtschaft und das Allgemeininteresse ein großer Gewinn. Es ist eben durchaus nicht wahr, daß diese „Gewerbe“ in dem Umfange, wie sie sich heute breit machen, notwendig und nützlich sind. Ihre Inhaber und Ange-stellten haben gar nicht ein Recht, zu sagen, wir wollen und müssen auch leben, gebt uns mehr Anspruch und Verdienst! Sie sind die Leute, die man zu verdauern hat, wenn sie ihre Fische nicht mehr bezahlen können und ihre Lokale schließen müssen. Wer ein volks-wirtschaftlich nicht notwendiges, sondern über-flüssiges oder gar direkt das Volkswohl schä-digendes Gewerbe betreibt, dessen Klagen darf und soll man nicht ernst nehmen. Er leiste nützliche Arbeit, statt den Schnapser oder Winstlanger am Volkskörper zu machen. Ge-rade solche Kriegszeit sind eben offen-bar, was entbehrlich wäre, wie nötig das Mißtrauen gegen sogenannte „Bedürfnisse“, z. B. nach neuen Wirtschaften oder der Ver-baltung alter ist, wie oft es nur am Mut und der Tatkraft der Behörden fehlt, wenn diese oder jene Mißbräuche überhand neh-men. Nehmen wir z. B. das Verbot des Ver-kaufs von Trinkschnaps durch das eidgenös-sische Alkoholamt. Die Begründung dieses Ver-bots für die Kriegszeit ist fast Wort für Wort auch für Friedenszeiten zureichend. Schnaps ist in Friedenszeiten wie in Kriegzeiten nicht nur ein sehr unnützes und entbehrliches, son-dern auch ein sehr schädliches Erzeugnis. Wir werden sehen, ob dann unsere Behörden den Mut haben werden, auf die Reklamationen der Schnapsinteressenten hin ihr Nein auf-recht zu erhalten! Ähnlich steht es mit dem Verbot, Kartoffeln in die Brennereien zu lie-fern. Auch dieses wäre in Friedenszeiten ganz ebenso berechtigt und zweckmäßig, statt daß wir genötigt sind, meist minderwertige Kar-toffeln in Menge aus dem Ausland einzu-führen. Wenn einige Tugend Brennereien ihre Betriebe schließen und ihre Inhaber und Angestellten anderen Verdienst suchen müssen, um so besser. Nicht jeder Verdienst ist eben gleichberechtigt und nicht jeder Bürger kann jetzt beanspruchen, daß ihn sein Beruf nährt.

Das gilt aber mindestens so sehr auch für den Beruf der „Kapitalisten“ verschiede-ner Art. In Wirklichkeit steht die Sache doch so, daß diese Leute in einer Volkswirtschaft gewissermaßen Reservestellen darstellen, in wel-chen Vorräte für Notzeiten angesammelt werden. Treten dann solche Notzeiten ein, so muß es als selbstverständliches Recht der Allgemeinheit gelten, von diesen Reserven zu gunsten Aller zehren zu können. Es ist daher ganz gewiß berechtigt, die finanzielle Last der Kriegszeit möglichst auf diese Leute zu legen. Wir begrüßen daher ganz herzlich die Erhe-bung einer progressiven Kriegsteuer auf den größeren Einkommen. z. B. von 100000 bis 600000 und auf den Kapitalvermö-gen ungenau. Sie ist die einzige wirklich gerechte Art, die Folgen der Kriegszeit zu verteilen. Wir ziehen die Kriegsteuer auch

unseren Lesern, die dazu mitzuhelfen möchten wir bitten:

den freiwilligen Kriegsanteilen bei weitem vor. Denn erstlich beteiligten sich am legeren oft solche, die es am besten vermochten, um in beschwerlicher Weise, und namentlich muß die Allgemeinheit solche Anteile verhältnismäßig sehr teuer bezahlen und erreicht also damit keine wirkliche Entlastung und Abmilderung der Last.

Wir Schwitzen haben zu allererst das Recht, uns gegen eine solche von der Eidgenossenschaft gleichmäßig in allen Kantonen zu erhebende Kriegsteuer zu wehren. Denn die Aufrichtigkeit des Christenglaubens ist viel weniger an der mehr oder weniger großen Wirksamkeit, oder an den religiösen Aufstößen und Aussprüchen, oder am Eifer zum Guten und Bösen und Verurteilungen beschaffen erkennbar, als an der Bereitwilligkeit ohne viel Klagen, Schimpfen und Widerstreben, sondern selbstverständlich und willig von seinem Geld und Vermögen für die Bedürfnisse dieser Kriegszeit herzugeben und damit andern mit gutem Beispiel voranzugehen. Mit dem Patriotismus ist's die gleiche Sache: Sich für die Befreiung unserer Grenzen und die Verteidigung unserer Unabhängigkeit zu begeistern, bei militärischen oder zivilen Unternehmungen eine Rolle zu spielen, und seine Pflicht vielleicht weder zu tun, schriftlich und mündlich sich als vaterlandstreuere Schweizer zu bezeugen, andere zur Hingabe ans Vaterland und Leistung aller verlangten Opfer ermahnen zu helfen, ist schon und recht. Aber der entscheidende Prüfstein für die Mäßigkeit des Patriotismus ist doch wieder das Geld, das Verhalten, wenn in Form von Steuern oder anderswie bare Zahlung im Namen des Vaterlandes verlangt wird. Wir denken dabei natürlich nicht an die, welche nicht zahlen können, weil ihr Einkommen und Besitz durch den Krieg bereits stark beeinträchtigt werden, sondern an solche, die es haben und vermögen, trotzdem teilweise ihre Zinie und Coupons erst verspätet oder gar nicht eingehen. Die Zahl derer, die in ihrem Besitz noch sehr wenig geschädigt sind, ist immer noch recht groß im Schweizerland. Ob solche heutzutage noch widerstrebend, oder ruhig und willig zahlen, das ergibt den zuverlässigsten Anhaltspunkt für den Wert ihrer Vaterlandsliebe. Schon nur, um einmal die Probe darauf zu machen, wäre die Erhebung einer eidgenössischen Kriegsteuer eine sehr wertvolle und lehrreiche Maßregel.

Es wird sich eben leider beim Sparen und Steuern eine gemeinsame Erscheinung zeigen: Viele von denjenigen, welche das Sparen am wenigsten nötig hätten, hätten sich am raschesten auf diese patriotische Pflicht, und viele von denen, die Hypothekentitel, Obligationen und Aktien aller Art in hohen Beträgen ihr eigen nennen, entrißten sich und klagen am meisten, wenn man von ihnen entprechend hohe Kriegsbeiträge verlangt. Wie sie vor allem möglichst an andern zu sparen suchen, indem sie Löhne und Gehälter herabsetzen, Angestellte entlassen, Aufträge annullieren, Vorgegeld und Lebensmittel für sich vorweg aufbewahren, so gehören sie gerne auch zu denen, welche vorziehen, daß die Behörden die Geldmittel zum Krieg weitenwegen durch Tabakmonopol, durch Sammlung von Beiträgen, oder auch durch gut verzinstliche Anleihen beschaffen, weil sie dann freiwillig dafür geben können, was ihnen beliebt und sie nicht belastet. Aber eben gerade deshalb ist eine Kriegsteuer viel richtiger und gerechter, weil sie es nicht dem Belieben des Wärgers überläßt, was er zahlen und wie hoch er sich belasten will, sondern ihm vorschreibt, ihn nötigt, so viel an die allgemeine Last beizutragen, wie es seinem Vermögen und Geld, und nicht nur seinem fast ausnahmslos beschneidenden dahinter anrückbleibenden guten Willen gefällt.

Leider kann man beim Sparen weniger leicht eine ausgleichende Korrektur anbringen. Glücklicherweise geht zwar der bisherige Rechtszustand bald zu Ende, so daß wenigstens das „Sparen“ durch nicht bezahlten der Schuldigkeiten aufhören muß, und damit ist schon viel geholfen. Der Ausgleich liegt hier

darin, diejenigen am Sparen zu hindern, welche aus bloßer blinder Angst vor dem Krieg ihr Geld mit allen zehn Fingern festhalten, einschließen oder vergraben. Und ihrer sind sehr viele. Es klingt merkwürdig und ist doch wahr, daß in solchen Zeiten das Sparen bei den einen ebenso sehr ein Fehler, ein das Vaterland schädigender Geiz genannt werden muß, als es bei andern eine Notwendigkeit und eine Tugend ist. Aber ein untrüglicher Maßstab, nach dem in jedem einzelnen Fall beurteilt werden kann, ob diese oder jene zu viel oder zu wenig sparen, ist schwer zu finden. In der Kritik an bestimmten Privatpersonen wird man daher gerechterweise zurückhaltend sein müssen. Nur so viel ist sicher: Wer an andere Leute Anstände macht, oder für sich selber möglichst ungestört die bisherige Begehrlichkeit weiter genießen will, wer weniger an sich selber, als an andern Leuten, an Dienstboten, Angestellten, Arbeitern zu sparen sucht, wer bei allen Hilfsleistungen und Sammlungen, bei öffentlichen Anliegen und Steuerforderungen klagt, klagt und schimpft, ist jedenfalls ein zweifelhafter Patriot, Bürger und Christ.

Ein besonderer Fall ist der jetzt ziemlich häufig vorkommende, daß ein Geschäftsinhaber und Arbeitgeber seine Angestellten nur mit namhaft geringerem Lohne weiterbeschäftigen will. Namentlich die sozialdemokratische Presse klagt häufig darüber und nennt es profitgieriger Ausbeutung. Dieses Urteil wird berechtigt sein überall dort, wo für einen um 30—50 % herabgesetzten Lohn die bisherige Arbeitszeit und Arbeitsleistung verlangt wird. Dafür ist schwerlich eine anständige Begründung denkbar. Denn entweder hat ein Geschäft tatsächlich genügende Beschäftigung zur vollen Weiterführung des Betriebes, und dann soll es seine Arbeiter auch voll zahlen oder ihnen, in Anbetracht des Kriegszustandes höchstens 5—10 % Einbuße zuwenden, aber eigentlich auch das nur bei Geschäften vor geringer Kapitalkraft. Oder aber es ist eine starke Verminderung der Aufträge und des Betriebes tatsächlich eingetreten, dann soll vor allem dementsprechend die Arbeitszeit herabgesetzt werden. — Daraus entsteht den Arbeitenden schon Lohneinbuße genug. Auch noch den Lohnanspruch stark zu vermindern kann in solchem Fall fast nicht anders, als mit unpatriotischer Ausbeutung der Notlage bezeichnet werden. Immerhin ist joweil sicher, daß gegenseitiges Entgegenkommen der Beteiligten gefordert werden darf. Aber wie beim Sparen und Steuern soll auch hier in allen Fällen die goldene Regel gelten: Den stärkeren Schultern die stärkere Last. Wer außer seiner Arbeitskraft noch Vermögen und Kapital besitzt, von dem kann verlangt werden, daß er davon willig hergibt und einbüßt. Wer nichts hat, als seine Arbeitskraft und unsichere Verdienstmöglichkeiten, ist in Kriegszzeiten sowieso am schlimmsten dran.

O. L.

## Umschau.

Ein kluges, aber sehr lehrreiches Resultat hat der von Professor Emery in Lausanne angeregte, von der Schweiz, Reformierten Kirchenkonferenz an sämtliche Kirchen Europas erlassene Aufruf zu einer kirchlichen Friedenskonferenz gehabt. Er wurde an 111 Kirchen und Kirchenbehörden, einschließlich der katholischen Kirche, gesandt. Die römische Kirche hätte sich aus begründlichen Gründen, so kurze Zeit nach dem tripolitanischen Krieg, in Schweigen; auch sonst wäre es gewiß gegen ihren Grundcharakter gewesen, auf eine Anregung, die nicht von ihr ausging, zu antworten. Ebenso schwierig die griechisch-katholische Kirche. 29 protestantische Kirchen und zwei christlich-katholische Kirchen haben ihre Teilnahme zugesagt. Abgesehen ereilten 3 protestantische Kirchen, nämlich 6 Landeskirchen in Deutschland, 2 evangelische Kirchen und der deutsche evangelische Kirchenanschuß. 62 Kirchen haben überhaupt nicht geantwortet, wohl zum Teil wegen der Färbung des deutschen evangelischen Kirchenanschlusses, der die sämtlichen

evangelischen Kirchen Deutschlands

betri. Dieser Mißerfolg ist eine Bezeichnung des Staatskirchentums. Es ja in dem Aufruf nicht einmal ein Eingreifen in die Politik verlangt, einfach eine Kundgebung in der Weise der sozialdemokratischen Friedenskonferenz in Basel. Aber so sehr sind „von dieser Welt“, daß sie nicht das wagten. Wie können solche Kirchen etwas fürs Gottes Reich tun?

Von erquickendem Freimut ist die Kundgebung der englischen Arbeiterpartei, die einem Kopenhagener Blatt erschienen ist, diesem Manuskript heißt es:

„Es ist ebenso unrichtig zu sagen, die englische Politik völlig weiß, als die deutsche völlig schwarz gewesen, wie zu sagen, daß die deutsche Politik völlig richtig, die englische völlig verwerflich sei. Wenn jedes Wort im englischen Reichstags ist, fehlt doch die weitere Beweisführung, sei zugegeben, daß Grey in den Tagen, dem Krieg unmittelbar voranzugehen, in Frieden arbeitete. Das war aber zu er hatte selbst viele Jahre lang mit den deren Diplomaten den Abgrund gestiegen ein wahres, weises, staatsmännisches hätte das sichere Resultat vorausgesehen vernieden. Nicht die jehische oder die Frage hat dieses Land in den furchter Kampf geworfen. Großbritannien hat im Kampf für unterdrückte Nationen für Belgiens Neutralität. Wäre Frankreich durch Belgien in Deutschland eingerückt, glaubt da, wir hätten Feindseligkeiten Frankreich eröffnet? Hinter dem Rücken Parlament und Volk gab Grey heimliche Versprechen, deren Erfüllung er nicht, wenn er gefragt wurde. Darum dieses Land nun im Angesicht vollständigen Ruins und vollständigen Notwendigkeiten Krieges, Verträge und Abmachungen, Frankreich gezwungen, sich ins Schicksal zu lassen vom despotischen England und England von Frankreich. Aber kommt das alles zutage und die Männer, die Verantwortung tragen, sollen zur Rechenschaft gezogen werden. England hat selbst hinter Rußland gestellt, die realistische, korrupteste und unterdrückendste Macht Europa. Pöhl man Rußland seine territorialen Wünsche befriedigen und seine Macht ausdehnen, so läßt die Zivilisierte und die Demokratie ernstliche Gefahr. Es dafür hat England das Schwere gegeben.“

Solidarität. Beinahe die Hälfte der Mitglieder des Schweiz. Typographenbundes stehen unter den Fahnen, wie im teils im Ausland, oder sind durch die Blockade infolge des Krieges arbeitslos worden. Die übrigen aber, soweit sie noch beschäftigt sind, bringen zu ihren gewöhnlichen Beiträgen von Fr. 2.— bis 2.20 in der Woche noch Extraleistungen von durchschnittlich Fr. 2.— bis Fr. 5.—, damit Kassen den an sie gestellten Anforderungen möglichst genügen können. Das ist nicht ein schönes Zeugnis der Kameradschaftlichkeit, sondern auch ein Beweis für den Wert einer starken gewerkschaftlichen Organisation.

Die festbesoldeten Kantons Beamten, aber und Pfarrer des Kantons Zürich, einen Beamten-Hilfsfond gegründet, um den Notstandsaktionen von Privatstädten und Gemeinden im Kanton, viele von ihnen freiwillig auf einige Monate ihrer Jahresbesoldung verzichteten. Beitrag wird vom Monatsgehalt abgezogen. Dieses Vorgehen verdient Nachahmung in allen Kantonen. Die festbesoldeten Beamten können doch nicht dankbar genug sein, ihnen die Sorgen um das tägliche Brot zu ersparen, das ihnen erspart sind. Jener Beamten-Verzicht ist nichts als ein schuldiges Opfer zu Gunsten der Vielen, die recht arm und verdienstlos sind.





Blasting set —

**Joh. Schenker-Mariä.**  
Bläsiring 80, Basel.